

Ecuador

Noch kein Grund zum Feiern

Ist eine indigene Einheit in der Vielfalt des Amazonas-Regenwaldes möglich?



Das ecuadorianische Amazonastiefland.

Kinder spielen
im Regenwald.
Nach offiziellen Zahlen
verschmutzten
500 Barrel Rohöl etwa
35.000 Hektar davon.

© Volker Frank



© Volker Frank

Ecuador besteht aus drei großen Naturräumen: dem Küstenstreifen (Costa), dem Andenhochland (Sierra) und dem Amazonasgebiet im Osten (Oriente). Rund ein Drittel der Bevölkerung des Amazonas-Gebietes, etwa 160.000 Menschen, gehören einem der zehn dort vertretenen indigenen Völker mit unterschiedlichen Sprachen, Kulturen und Lebensweisen an. Die (Tiefland-)Quichua und die Shuar machen gemeinsam bereits an die 90 Prozent der indigenen Bevölkerung aus. Die meisten anderen Völker – wie die Cofan, Haorani, Secoya und Zapara – kommen nicht über 1.000 Mitglieder.

Die Vielfalt der indigenen Völker im ecuadorianischen Amazonastiefland spiegelt sich auch in deren uneinheitlichen Positionen zur Erdölförderung auf ihren Territorien wider.



© Volker Frank

Das Unternehmen
Texaco hat Ecuador
längst verlassen,
doch die Auswirkungen
seiner Aktivitäten
auf die Umwelt
sind bis heute sichtbar.

Die Erdölproblematik im Amazonasgebiet

Über 95 Prozent des ecuadorianischen Erdöls stammt aus dem Amazonastiefland. Im Jahr 1967 errichtete Texaco dort den ersten Förderturm in der Provinz Sucumbíos nahe der Grenze zu Kolumbien. Inzwischen ist der Großteil des Amazonasgebiets, das fast die Hälfte des Landes ausmacht, in Erdölfelder aufgeteilt. Sechzehn Unternehmen sind im Besitz von staatlichen Konzessionen, unter ihnen das staatseigene Unternehmen Petroecuador. Bislang wird nur im Norden des Amazonasgebiets Erdöl gefördert. Im Zentrum liegen die Erdölfelder, die sich in der Explorationsphase befinden; im Süden steht die Konzessionsvergabe durch die Regierung noch an.

Sie ist daran interessiert, die Erdölförderung voran zu treiben. Schließlich ist Ecuador von den Deviseneinnahmen aus diesem Sektor abhängig: Rund ein Drittel des Staatshaushaltes wird aus dem Geschäft mit dem „schwarzen Gold“ finanziert. Auch das Gesundheits- und Erziehungssystem würde ohne diese Einnahmen zusammenbrechen. Und die sozialen Fortschritte, die die Regierung unter Rafael Correa 2007 versprochen hat, können nur schwer ohne die Steigerung der Deviseneinnahmen erreicht werden.

Die Erdölförderung verursacht aber auch eine Reihe von negativen Umweltauswirkungen. Das Anlegen von Auffangbecken für erdölverschmutztes Wasser ist eine davon. Ein weiteres Problem ist der Transport des Rohstoffs. Eine Beschädigung der Ölpipelines im Jahr 2006 führte zu einem der bislang schwerwiegendsten Unfälle

© Volker Frank



© Volker Frank



im Naturreservat Cuyabeno. Nach offiziellen Zahlen verschmutzten 500 Barrel Rohöl etwa 35.000 Hektar unberührten Regenwalds. Die danach angestregten Untersuchungen ergaben, dass zwischen 2001 und 2003 fast 500 solcher Unfälle geschehen waren.

Ein weiteres Problem ist der Straßenbau, der mit der Erdölproduktion einhergeht. Schätzungen zufolge hat allein das Konsortium *Texaco-Gulf* ein Straßennetz von 500 Kilometern im Urwald angelegt. Der Straßenbau führt zu erhöhter Einwanderung in bislang nur von indigenen Völkern bewohnte Gebiete, zu einer verstärkten Abholzung der Wälder und einem Vordringen der Landwirtschaft. Rund eine Million Hektar Tropenwald wurden seit dem Jahr 1972 von Siedlern in Besitz genommen.

Unübersichtliche Umweltkonflikte

Die Konflikte um die Erdölförderung im ecuadorianischen Amazonasgebiet sind komplex. Die Interessen einer Vielzahl von Akteuren stoßen dort aufeinander. Indianische Ureinwohner, mestizische Siedler, Umweltorganisationen, nationale und internationale Aktionsgruppen, staatliche Akteure, transnationale Unternehmen sowie multi- und bilaterale Entwicklungsorganisationen und nationale Nichtregierungsorganisationen tragen zu einem unübersichtlichen Interessengemenge bei.

Zudem unterscheiden sich die indigenen Völker im Regenwald Ecuadors teilweise erheblich voneinander, nicht nur sprachlich und kulturell. Auch ihre Geschichte, ihre Lebensbedingungen und ihre Einbindung in die moderne Gesellschaft sind unterschiedlich. In einigen Landesteilen gibt es Auseinandersetzungen unter den indigenen Organisationen um die Kontrolle über ihre Territorien.

Stärkung der indigenen Organisationen

In Koordination mit der ecuadorianischen Partnerorganisation *Fundación Futuro Latinoamericano* (FFLA) unterstützt der ZFD des DED in Ecuador seit Januar 2007 den Dachverband der indigenen Völker des ecuadorianischen Amazonasgebiets CONFENIAE. Das Ziel der Zusammenarbeit war, den Austausch unter den indigenen Völkern zu fördern, so dass diese zu einer gemeinsamen eigenen Position hinsichtlich der Ansiedlung der Erdölindustrie in ihren Territorien gelangen.

Das Ergebnis des Dialogprozesses überstieg die Erwartungen. Die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung durch die Regierung Rafael Correas motivierte die Erarbeitung eines Vorschlags, der die Erklärung Ecuadors als Vielvölkerstaat, das Vetorecht der indigenen Völker bei der Ansiedlung von Erdöl- und Bergbauindustrie und die Anerkennung eigenständiger Verwaltungsformen in den indigenen Territorien einforderte. Im Januar 2008 verabschiedeten die Teilnehmenden der Jahresversammlung der CONFENIAE dieses Positionspapier und bildeten eine Kommission, die den Auftrag hatte, bei der Verfassungsgebenden Versammlung Lobbyarbeit zu betreiben. Der Präsident der CONFENIAE, Domingo Ankuash, sprach von einem historischen Moment: „Bislang wurden die indigenen Völker des Amazonasgebiets von den Politikern ignoriert. Es wurden Gesetze für die Region verabschiedet, ohne uns überhaupt zu fragen. Zum ersten Mal haben wir die Möglichkeit, in einen Dialog zu treten. Wir wollen diesen Dialog nutzen, um unseren Vorschlag in die neue Verfassung einzubringen.“

Ab Januar 2008 wurden die Forderungen mit den Basisorganisationen diskutiert und in den regionalen Dialogrunden der Verfassungsgebenden Versammlung vorgestellt. Die CONFENIAE erreichte die Unterstützung einer Reihe von Mitgliedern der Verfassungsgebenden Versammlung – und im neuen Verfassungstext wird Ecuador als Vielvölkerstaat anerkannt. Außerdem ist die Möglichkeit von territorialen Regierungsformen vorgesehen. Zwar wurde das Vetorecht nicht in das ecuadorianische Grundgesetz aufgenommen, aber zumindest das Konsultationsrecht verstärkt.

„Wir sehen die Resultate in der Verfassungsgebenden Versammlung durchaus positiv“, meint der Shuar-Indianer Ankuash heute, „aber wir haben keinen Grund zu feiern. Bislang stehen die neuen Bestimmungen nur auf dem Papier. Wir müssen weiter unsere Organisationen und unsere Einheit stärken, um unsere Rechte geltend machen zu können.“

Volker Frank

Pipelines, durch die das „schwarze Gold“ fließt, bestimmen das Dorfleben.

„Wir haben noch keinen Grund zu feiern!“ Angehörige des Volkes der Haorani bringen ihren Protest zum Ausdruck.

© Volker Frank



Volker Frank ist Soziologe und Diplom-Entwicklungspolitologe und arbeitete in den Jahren 2001 bis 2004 für den ZFD des DED in Ecuador. Seit Juni 2007 ist er erneut als Friedensfachkraft für den DED in Ecuador tätig.